

## Oesterreich, was es ist, was es scheint und was es werden muß.

Die Donaumonarchie steht ihrer geographischen Lage und ihrer inneren Wesenheit nach zu den Balkanvölkern im Verhältnis freundlicher Nachbarschaft, friedlichen Güteraustausches und gegenseitiger Daseinsbürgerschaft\*). Das Gesamtbild ihrer Geschichte von 1520 bis heute beweist, daß sie der Raubstaat nicht ist, als den sie die feindliche Presse seit vielen Jahren ausruft. Ihre innere Wesenheit ist, vielen kleinen Nationen und abgesplitterten Nationsteilen, welche sich allein einen Großstaat zu bilden außerstande sind, in einer Zeit, in der das Los kleiner Staaten kläglich ist und selbst den Großstaaten ihre Grenzen wirtschaftlich zu eng werden, den Vorteil eines großen gemeinschaftlichen Wirtschaftsgebietes und machtvoller gemeinsamer Verteidigung zu gewähren. Beide Aufgaben erfüllen sich heute in der höchsten Bedrängnis Mitteleuropas auf die wunderbarste Weise.

Gegen diese Auffassung erheben sich viele Einwände und Widersprüche, nicht nur in der Fremde, sondern auch daheim. Man muß sich mit ihnen auseinandersetzen, um Klarheit über die notwendige Neuorientierung unseres politischen Denkens zu gewinnen, welche die heilbringendste Frucht so gewaltiger Anstrengungen werden muß, wenn nicht wieder die Erkenntnis verloren gehen und unsere Politik nach dem Kriege ins Schwankende, Halbschlüchtige und Ziellose abirren soll.

„Die vereinigten Donauvölker haben allen Grund, mit den vereinigten Balkanvölkern dauernd in guter Nachbarschaft zu leben.“ Wohl — aber kennzeichnet der Ausdruck „vereinigte Donauvölker“ tatsächlich die Monarchie? Wird ihr nicht ein anderer Name unterschoben? Sind sie nicht eher veruneinigt als vereinigt? Hat ihr Streit nicht die letzten Jahrzehnte erfüllt?

Nichts soll beschönigt werden: Unser äußerer Anblick hat durch Jahrzehnte, jedenfalls seit 1897, seit der Badeni-Banffy'schen Reichskrise bis in die letzten Tage vor dem Kriege, dem oberflächlichen Beurteiler sicherlich den Eindruck machen müssen, den ein britischer Beurteiler in dem Worte „a dissolving empire“ (ein Reich in Auflösung) zusammengefaßt hat. Die Uebertreibungen des Nationalismus, der zügellose Chauvinismus der nationalistischen Parteien, die Ueberhitzung der parlamentarischen Leidenschaften und die Hilflosigkeit bürokratischer Regierungen im Innern, verbunden mit einem dagegen in schroffem Widerspruch stehenden starken Auftreten der Diplomatie nach außen, haben in aller Welt Aufmerksamkeit erregt und jenes Schrifttum hervorgerufen, das am besten durch des Franzosen Cheradame Untergangs- und Aufteilungsphantasien charakterisiert ist.

Seit sie besteht, hat sich die österreichische Sozialdemokratie redlich bemüht, den Mitbürgern wie der größeren Welt den Beweis zu erbringen, daß diese nationalen Gegensätze, die in der parlamentarischen Verfechtung unveröhnlich und unausgleichbar erscheinen, draußen im Leben so unbedingt und schroff nicht bestehen. Grenzrain an Grenzrain adern tschechische und deutsche Bauern, auf den Märkten des Landes tauschen Tschechen und Deutsche ihre Waren, in den Werkstätten arbeiten Tschechen und Deutsche nebeneinander, in den Geldinstituten mischen sich tschechische und deutsche Kapitalien. Im Wirtschaftsleben ist der Friede zwischen den Nationen der normale Zustand, der nur zu Zeiten durch Sprachenstreit gestört wird. In fast allen Körperchaften, die der wirtschaftlichen Interessenvertretung dienen, arbeiten deutsche und tschechische Unternehmer und Agrarier längst ohne Streit, ja beinahe ohne Reibungen zusammen. Der wachsende Verkehr hat nicht nur Oesterreich und Ungarn auf das innigste, ja untrennbar verflochten, sondern alle Nationen machen von dem Vorteil des großen geschlossenen Wirtschaftsgebietes den glücklichsten Gebrauch. Um nur ein Beispiel anzuführen: tschechische Banken halten Filialen im deutschen

und polnischen Sprachgebiet, selbst in Triest. Es entspricht einfach nicht der Wahrheit, zu behaupten, daß irgend eine Nation, soweit ihre Erwerbstätigen in Betracht kommen, die Zerstückelung dieser Wirtschaftseinheit wünschte oder auch nur ohne schweren Schaden ertragen könnte. Die Völker wollen zusammenarbeiten, aber sie haben die rechtlichen und staatlichen Formen ihres Zusammenlebens noch nicht gefunden.

Für den Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung, der den wirtschaftlichen Tatsachen die stärkste Kraft im sozialen Zusammenleben zuerkennt, besagt die lebendige Praxis der ungeföhrten Wirtschaftsgemeinschaft sehr viel, wenn nicht alles, der Lugenschein beweist sie — vielleicht melden darum die Zeitungen nichts von ihr — und so mag es gekommen sein, daß die für den Bestand des Reiches allerwichtigste Tatsache nicht nur dem Ausland, sondern auch dem nationalistischen Berufspolitiker daheim verborgen blieb. Dieser ist vor allem anderen schuld, daß die parlamentarischen Verhandlungen nach außen bloß das Bild versöhnungsloser Zerfahrenheit boten. Der Lärm der Tribüne verkündete nationalen Kampf, die Ausschussberatung und die Couloirs zeigten uns seit Jahren die angeblich Unversöhnlichen in trauriger Gemeinschaft an der Arbeit um Steuerbegünstigungen für landwirtschaftliche Brennereien, ja um die gesamte wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung. Die bürgerliche Öffentlichkeit nahm kaum Notiz von diesen Vorgängen.

Nicht wider den Staat, sondern um den Anteil der Nationen an der Staatsmacht gingen die Kämpfe. Was man zu beeinflussen, was man zu erobern und zu beherrschen strebt, will man nicht zerstören. Jedes Staatsamt ist der Träger eines Stückes Staatsmacht: um jedes Partikelchen dieser Staatsmacht, vom Amtsdienereposten bis zur Ministerstelle, von einem Gemeinderatssitz bis zum Mandat in der Volksvertretung, führen die Nationen, deren gegenseitige Rechtsverhältnisse bis heute verfassungsmäßig kaum abgegrenzt sind,\*) einen lärmenden Wettstreit. Er ist im Ausland fatalerweise arg mißverstanden worden und hat daher diesen so heißumstrittenen Staat als billige Beute Fremder erscheinen lassen. Aber nicht nur der ökonomische, auch der militärische Beweis ist jetzt dafür erbracht, daß der nationale Chauvinismus auf das unseligste übertrieben hat.

Der Kampf um den Anteil am Staate hat allerdings die staatliche Verwaltung vielfach geschwächt; aber auch das ist dem Blicke der Fremden verborgen geblieben, daß alle diese Kämpfe, die man „zerrüttend“ genannt hat, den Fortschritt des wirtschaftlichen und des kulturellen Lebens kaum nennenswert beeinträchtigt haben. In demselben Jahre, wo die Tschechen national in der Opposition standen, sind sie wirtschaftlich eine reiche Nation geworden! Oesterreichs Industrie, Oesterreichs Kapitalreichtum ist gewachsen, stetig und allseitig, einerlei, ob wir so oder so regiert waren. Man überschätzt allgemein das, was die Staatsmaschinerie zu den Kräften der Gesellschaft hinzufügen oder von ihnen wegnehmen kann. Eine moderne Aktienbank zum Beispiel setzt heute weit mehr Menschen und Güter in Bewegung als manches Ministerium, ihr Gedeihen ist sozial von keinem geringeren Belang. Vieles ist hierzulande groß und stark geworden trotz des Staates, oft sogar im Kampfe mit dem Staate — so die

\*) Die Wahlreform hat wenigstens für den Reichsrat diese Machtbegrenzung gebracht.

\*) Das zu erweisen war die Aufgabe der Aufsätze „Oesterreich-Ungarn und der Balkan“, Nr. 174 vom 25. Juni, „Der Nationalitätenstaat“, Nr. 175 vom 26. Juni, „Das Wirtschaftsverhältnis zum Balkan“, Nr. 178 vom 29. Juni 1915.